

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 9. September 2020

2897. 2019/92

Motion von Yasmine Bourgeois (FDP), Michael Schmid (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019: Schrittweise Umsetzung einer «Smart School»-Strategie für die Schulen der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Yasmine Bourgeois (FDP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1004/2019): Digitalisierung, Nutzung von Daten, smarte Städte – das sind Begriffe, die aus einer modernen Welt nicht mehr wegzudenken sind. Corona ist noch immer allgegenwärtig und der Lockdown im März hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung ist. Zu einer digitalen und smarten Stadt gehört auch eine smarte Schule. Die Schule soll nicht nur smart machen, sondern smart sein. Eine smarte Schule heisst für uns: gute ICT-Infrastruktur; digitale Lerninhalte, verknüpft mit pädagogischen Konzepten; digitale Verwaltungsprozesse; Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Diese Komponenten sollen miteinander verknüpft werden, so dass die Digitalisierung für die Bildung gewinnbringend ist und zugleich Entlastung bei administrativen Abläufen schafft. Das gilt sowohl innerhalb der einzelnen Schulen wie auch in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Behörden. Statt, dass jede Schule ein einzelnes Konzept ausarbeitet, fordern wir ein städtisches Gesamtprojekt, das allenfalls im Rahmen eines Pilotprojekts getestet werden kann. Ich gehe nun kurz auf die einzelnen Punkte der Antwort des Stadtrats ein. Ich bedanke mich für die wohlwollende Beantwortung unseres Anliegens und die Unterstützung unserer Fokusse durch den Stadtrat freut mich. Ein erster Schritt wurde mit dem Projekt «Kids next generation: Etappe 1» umgesetzt. So wurden die Stadtzürcher Fünft- und Sechstklässler alle mit einem Tablet ausgerüstet; WLAN-Access-Points wurden ausgebaut; Computerarbeitsplätze in der Betreuung wurden ausgebaut. Weitere umgesetzte Projekte sind: Ersatz und Ausbau der Infrastruktur externer Standorte von Kindergärten und Betreuung; flächendeckende Ausrüstung der Klassenzimmer mit mobilen Multimedia-Rollis, Beamer und Presenter und der Einsatz grossflächiger, in die Wandtafel integrierte Monitore bei Neubauten und Gesamtinstandsetzungen. Weitere Ausbauschnitte sind geplant: Es soll vom Kindergarten bis zur vierten Klasse zusätzlich zur bereits bestehenden Infrastruktur pro vier Schüler mindestens einen mobilen Computer mit Touchscreen geben – in den Sekundarschulen ist dies eine Ergänzung zu «Bring Your Own Device». Diese Schritte begrüssen wir sehr. Im Bereich Infrastruktur wurde also schon viel erreicht, wichtig ist jetzt, dass die geplanten Ausbauschnitte möglichst rasch umgesetzt werden. Die Stadt hat in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule (PH) bereits reagiert und ein umfassendes Kursangebot auf die Beine gestellt. Zur weiteren Unterstützung wurde ein Supportangebot mit speziell geschulten Lehrpersonen aufgebaut. Das wurde nicht in allen Schulen umgesetzt – da*

besteht noch Handlungs- und Schulungsbedarf. Unter dem gleichen Punkt erklärt der Stadtrat, dass jede Schule ein eigenes, lokales ICT-Konzept erstellen solle, basierend auf einer kantonalen Handreichung. Das mag für kleine Gemeinden sinnvoll sein, weil so besser auf die lokalen Bedürfnisse eingegangen werden kann, aber in der Stadt Zürich mit ihren vielen Schulen, ist es wenig sinnvoll, wenn jede Schule ein eigenes Projekt auf die Beine stellt. Damit gehen viele Stunden mit neuen Arbeitsgruppen verloren – ich kenne das zur Genüge. Corona führt uns vor Augen, wie wichtig das Vorhandensein digitaler Möglichkeiten ist. Im letzten Lockdown waren viele Lehrer sehr kreativ und haben sich schnell mit den digitalen Möglichkeiten arrangiert. Die Qualität war allerdings stark abhängig vom Lehrer. Gerade jetzt, wo es nicht klar ist, ob es wieder zu Schulschließungen kommen soll, ist es umso dringender, schnellstmöglich ein Gesamtkonzept auf die Beine zu stellen, damit alle Schulen die gleichen Grundlagen haben. Das Entwickeln von Lehrmitteln ist sehr aufwändig. Wir möchten nicht, dass alles neu erfunden werden muss. Wir erwarten aber, dass sich die Stadt beim Kanton darum bemüht, dass mindestens bei den obligatorischen Lehrmitteln digitale Versionen oder an sinnvollen Orten digital bearbeitbare Versionen zur Verfügung stehen. Die Idee dahinter ist, Lehrerinnen und Lehrer bei der Administration zu entlasten und ihnen mehr Zeit für den Lernstoff zur Verfügung zu stellen. Dies kann beispielsweise geschehen, indem die Plattform automatisch korrigiert und Auswertungen erstellt, die den Lehrer über den Lernstand der Kinder informiert. Das Gleiche gilt bei Prüfungen. Das soll aber nicht bedeuten, dass nun weniger Interaktion zwischen Lehrer und Schüler stattfinden soll. Es geht dabei lediglich um Trainingseinheiten oder Prüfungen. Für eine adäquate Einführung in den Lernstoff und die Lernbegleitung soll weiterhin der Lehrer oder die Lehrerin zuständig sein. Für das Bereitstellen solcher digitaler Lernplattformen, passend zu den obligatorischen Lehrmitteln, muss nicht zwingend der Staat und damit der kantonale Lehrmittelverlag zuständig sein, man kann auch mit privaten Anbietern zusammenarbeiten. Ein Beispiel ist das rege genutzte Lehrmittel für das Fach Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) über den Kanton Zürich und die Schweiz, das allerdings nicht zu den obligatorischen Lehrmitteln gehört, was im Fach NMG keine Seltenheit ist. In den Stadtzürcher Schulen wird immer wieder moniert, wie kompliziert administrative Prozesse sind – so kann es vorkommen, dass ein Techniker für die Reparatur von Nähmaschinen vorbeikommt und in der Zwischenzeit ging eine zweite Nähmaschine kaputt. Wenn nun dieser Techniker für die erste Nähmaschine ankommt, darf er die zweite nicht auch gleich reparieren, denn dafür braucht es einen neuen Auftrag, den man schriftlich einreichen muss. Bei solchen Prozessen erhoffe ich mir eine Erleichterung. Aus diesem Grund fordern wir vom Stadtrat ein Programm, um komplizierte interne Prozesse zu optimieren oder beispielsweise für interne Materialbestellungen – der Rat hat einen entsprechenden Vorstoss meinerseits bereits überwiesen. Auch sollen die Arbeit und der Zugriff auf interne Plattformen von Zuhause aus erleichtert werden. In anderen Schulen des Kantons ist dies ohne weiteres möglich. In der Stadt Zürich ist das noch etwas schwierig. Insbesondere für Teilzeitangestellte wäre der Zugriff auf alle Lehrplattformen oder die Schülerdaten von Zuhause aus eine Erleichterung. Um unsere Schule smart und zukunftsfähig zu machen, bitten wir den Rat, dieser Motion zuzustimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Yasmine Bourgeois (FDP) hat unsere Aktivitäten bereits gut aufgezählt. Wir fahren eine eigentliche Grossoffensive im ICT-Bereich. Den erwähnten Schulungsbedarf beim Lehrpersonal nehmen wir selbstverständlich gerne darin auf. Die digitalen Lehrmittel liegen grösstenteils beim Kanton, mit dem wir in Verhandlungen stehen, um vorwärts zu kommen. Der Administrationsbereich beschäftigt uns sehr. Wir führen zurzeit das Schüler- und Klassenadministrationstool KLUS ein, damit wir die Daten korrekt aufbereiten können. Es gibt digitale Adressverzeichnisse usw. Mit Organisation und Informatik Stadt Zürich (OIZ) bringen wir ein sehr grosses Programm an die Schulen, aber dabei müssen alle Lehrpersonen mithalten können. Im Moment stehen wir an einer Grenze: Wir können nicht mehr einführen, nicht schneller machen und sind eigentlich schon in einem unglaublichen Tempo unterwegs, das durch den Corona-Lockdown auch noch beschleunigt wurde. Dieser gab in Sachen Digitalisierung einen Schub in den Köpfen der Betroffenen. Wenn ich ans KLUS denke, gibt es Kinderkrankheiten im System über die sich Lehrpersonen beklagen. Wir können nicht noch mehr von den Leuten mit noch mehr neuen System und einem noch grösseren Tempo fordern. Warum beantragt Ihnen der Stadtrat die Umwandlung der Motion in ein Postulat? Das hat nichts mit dem Ziel zu tun, da sind wir auf einer Linie, sondern wir können schlicht nicht mehr leisten. Es hilft nichts, eine kreditschaffende Weisung auf die Beine zu stellen, denn das Geld ist vorhanden. Wir müssen das Programm umsetzen. Zudem ist der Hardware- und Software-Teil der ICT nicht motionsfähig, da dies über die Kompetenz des Stadtrats läuft.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Zuerst etwas Grundsätzliches zur Thematik der Motion, zur «Smart School»-Strategie. Die Stadt Zürich hat sich im Rahmen der Smart-City-Strategie nicht nur die Umsetzung der technologischen Möglichkeiten zum Ziel gesetzt. In der Smart-City-Strategie vom Dezember 2018 wird als erstes Ziel festgehalten: «Chancengleichheit und hohe Lebensqualität für alle». Ähnliches steht in der Smart-City-Strategie der prosperierenden Stadt Wien, die ein wenig unser Vorbild ist. Wir Grünen stehen voll hinter diesen Zielen. Um sie zu erreichen, müssen wir insbesondere die Volksschule chancengerechter gestalten. Alle Untersuchungen zeigen, dass das Bildungssystem in der Schweiz – insbesondere im Kanton Zürich – eine besonders hohe soziale Selektivität aufweist. Der Volksschule gelingt es heute nicht annähernd, Chancengerechtigkeit zu erreichen. Das sollten wir in unserer Stadt im Rahmen der «Smart School»-Strategie verbessern. Für uns Grüne geht eine «Smart School»-Strategie also weit über die Digitalisierung hinaus. Damit habe ich gesagt, was wir in dieser Motion vermissen. Selbstverständlich stehen wir Grünen der verlangten beschleunigten Digitalisierung der Volksschule grundsätzlich positiv gegenüber. Einiges wird bereits gemacht. Wir begrüssen erstens pädagogische Konzepte, die die Möglichkeiten der Digitalisierung thematisieren und nutzen; zweitens die entsprechende Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen; und drittens den Ausbau der ICT-Infrastruktur. Zu dieser Infrastruktur im pädagogischen Bereich mache ich ein paar Anmerkungen: Die Schule stellt den Kindern in der fünften und sechsten Klasse Tablets zur Verfügung. Diese können sie in verschiedenen Fächern zum Lernen verwenden. Die Kosten für die Tablets übernimmt die Stadt. Wir Grünen begrüssen diese Regelung, der Besuch der Volksschule sollte für die Kinder, beziehungsweise deren Eltern kostenlos sein. In der Sekundarschule ist die Situation bezüglich ICT-Infrastruktur im pädagogischen Bereich*

noch nicht klar. Klarheit sollte ein Stadtratsbeschluss schaffen – offenbar ist das Prinzip «Bring Your Own Device» vorgesehen. Wir Grünen plädieren dafür, dass auch in der Sekundarschule jedem Schüler und jeder Schülerin ein Tablet von der Schule unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird und dass das Prinzip «Bring Your Own Device» lediglich ergänzend praktiziert wird. So ist dieses Prinzip durchaus sinnvoll: Indem die Jugendlichen das eigene Smartphone für die Recherche, zur Orientierung im Raum oder zum Lernen mit einer Drill-App nutzen. Stellt man die ICT-Infrastruktur in der Sekundarschule aber allein auf das Prinzip «Bring Your Own Device» ab, entsteht eine zusätzliche Chancenungerechtigkeit: Jugendliche mit leistungsstarken Tablets oder Notebooks haben klare Vorteile im Unterricht gegenüber Jugendlichen, die nur ein normales Handy zur Verfügung haben. Diese Unterschiede haben sich gerade im Fernunterricht per Videokonferenz von Mitte März bis Mai manifestiert. Es gab Jugendliche, die wegen ungenügender Hardware zuhause die erteilten Aufträge nicht erfüllen konnten und so in Rückstand gerieten. Nicht alle Eltern sind finanziell in der Lage, für ihre Kinder die optimale Hardware fürs Lernen anzuschaffen. Hier droht eine zusätzliche Chancenungerechtigkeit in der Volksschule. Das wollen wir Grünen verhindern. Aus den genannten Gründen unterstützen wir die Motion nur als Postulat und nur mit folgender Textänderung als zusätzlichen Absatz im Motionstext: «Dabei werden Rahmenbedingungen festgelegt, damit die Unentgeltlichkeit der Volksschule gewährleistet bleibt und keine zusätzliche Chancenungerechtigkeit entsteht».

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Ich habe bei diesem Klagegedicht über die Chancenungleichheit in der Stadt Zürich zugehört. Ich möchte Sie darauf hinweisen: Wenn wir nur einen Bruchteil, der zur Erreichung der Chancengleichheit bereits hineingebutterten Millionen in die ICT-Infrastruktur investiert hätten, würden wir heute nicht über dieses Thema sprechen. Das Thema wurde über Jahre vernachlässigt gegenüber all den Massnahmen mit dem Ziel der Förderung der Chancengleichheit. Wie erfolgreich diese Massnahmen waren, hat Dr. Balz Bürgisser (Grüne) soeben selbst gesagt. Ich möchte etwas zur «Bring Your Own Device»-Policy auf Sekundarstufe sagen: Ich bin ebenfalls ein Gegner dieser Policy, wenn auch aus anderen Gründen. 99 Prozent der Jugendlichen haben ein entsprechendes Gerät, die auch alle einigermaßen leistungsstark sind. Ich bin gegen diese Policy, weil sie im Klassenzimmer absolut nutzlos ist. Wenn ich mit der Klasse sprechen möchte und sie ihre eigenen Laptops und Tablets mitbringen dürften, würde ich mich im Unterrichtszimmer fühlen, wie ich es jetzt hier gerade tue: Etwa 90 Prozent der Anwesenden blicken in den Bildschirm und nicht auf mich. Hätte ich ein Gerät, mit dem ich euch auf Knopfdruck den Bildschirm ausschalten könnte, hätte ich eure Aufmerksamkeit wiedererlangt. Wenn man ein organisiertes ICT-System hat, kann man von hier vorne aus auf eure Bildschirme schauen, um zu sehen, ob ihr euch wirklich mit der gerade behandelten Materie auseinandersetzt, am Jassen seid oder Skiabfahrt schaut. Genau darum braucht man eine andere Strategie als «Bring Your Own Device». Eine Prüfung kann ich nicht im Klassenzimmer durchführen, wenn ich die Bildschirme der Schüler nicht überprüfen kann und jeder von euch weiss, wie schwer es ist, die Aufmerksamkeit weg von den Bildschirmen nach vorne zu holen, wenn ich die Bildschirme nicht sperren kann. Darum bitte ich den Stadtrat, von der «Bring Your Own Device»-Policy Abstand zu

nehmen. Andere Beispiele sind, dass ich Schülern in einem vernetzten System direkt einen Link zuschicken oder den Gebrauch des Tablets auf eine Anwendung beschränken kann. Yasmine Bourgeois (FDP) hat erwähnt, dass wir als einer der grössten Kunden des Lehrmittelverlags unbedingt Druck auf den Verlag ausüben müssen, dass dieser die Lehrmittel endlich digitalisiert. Sie müssen sich das so vorstellen: Wir «jungen» Lehrer erhalten die nagelneuen Lehrmittel, gehen damit in die Lehrerzimmer, um sie mit der Schneidmaschine auseinander zu hacken, damit wir sie anschliessend Einscannen können, um sie den Schülern auf die Tablets zuspiesen zu können. Das ist ein juristischer Graubereich, der aber in jedem Schul- oder Lehrerzimmer geschieht. Erst kürzlich fehlte mir ein Geschichtsbuch, weil ich es mit der Schneidmaschine nicht zerhacken konnte. Ein Kollege aus Zeiten des Studiums konnte es mir dann als PDF zuschicken. Dieses Vorgehen ist absurd und müsste nicht sein. Selbstverständlich muss jede Schule die Lizenzen und andere Gebühren bezahlen, die es für die Bilder – so wird meist argumentiert – braucht, aber der jetzige Zustand ist zum Teil prähistorisch.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Die Textänderung der Grünen spricht ein für uns selbstverständliches, übergeordnetes Thema an. Chancengerechtigkeit in der Schule ist uns wichtig und wir wollen keine Zustände wie in den USA, sondern ein Bildungssystem, das für alle gerecht ist. Darum nehmen wir die Textänderung der Grünen an. Ebenfalls sind wir einverstanden mit der Umwandlung in ein Postulat. Etwas möchte ich noch zu «Bring Your Own Device» sagen. Dies hat nichts mit Chancenungerechtigkeit zu tun. Die Erfahrung zeigt, dass die meisten Schüler über ein Gerät verfügen, das sie mitbringen können und jene, die keines haben, erhalten eines von der Stadt. Stefan Urech (SVP): Mach doch keine Prüfungen mit diesen «Own Devices».*

Yasmine Bourgeois (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit der für die Schulen der Stadt Zürich schrittweise eine «Smart School»-Strategie umgesetzt wird.

Dabei sollen Infrastruktur, digital aufbereitete und interaktive Lerninhalte, pädagogische Konzepte und Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte gezielt miteinander verknüpft werden, sodass die Digitalisierung für die Bildung gewinnbringend ist und zugleich Entlastung bei administrativen Abläufen – sowohl innerhalb der einzelnen Schulen wie auch in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Behörden – schaffen kann. Die Strategie soll ähnlich wie das Projekt Tagesschulen 2025 im Rahmen eines Pilotprojekts auf seine Wirksamkeit hin getestet werden.

Eine Kooperation mit der und allenfalls auch eine finanzielle Unterstützung durch die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen ist anzustreben.

Dabei werden Rahmenbedingungen festgelegt, damit die Unentgeltlichkeit der Volksschule gewährleistet bleibt und keine zusätzliche Chancenungerechtigkeit entsteht.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2020/388 (statt Motion GR Nr. 2019/92, Umwandlung) wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat